

1: Soziale Sicherheit und Gesundheit

1.1: Gezielte Hilfen für LSBT*IQ Jugendliche

Wir fordern gezielte Hilfen für LSBT*IQ-Jugendliche, die ihr Zuhause verlassen müssen. Konkret braucht es eine feste, spezialisierte Ansprechperson im Jugendamt und die Bereitstellung sicherer Unterkünfte in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe.

In den vergangenen Jahren kam es mehrfach zu Fällen, in denen queere Jugendliche in ihren Familien psychische oder physische Gewalt erlebt haben. Häufig fühlen sich die zuständigen Stellen nicht verantwortlich, Betroffene werden zwischen Institutionen hin- und herverwiesen. Die wenigen queeren Wohnangebote, etwa von PaSo oder in Frankfurt, sind dauerhaft überlastet und haben lange Wartezeiten. Es braucht daher auch kurzfristige Schutzmöglichkeiten und eine bessere Qualifizierung von Fachkräften im Jugendamt. Jugendliche, die Diskriminierung oder Gewalt durch die eigene Familie erleben, sind erheblich gefährdet. Ohne Schutz und Unterstützung drohen schwerwiegende Traumata.

Antwort:

Wir fordern, dass queere Jugendliche, die wegen Gewalt oder Ablehnung ihr Zuhause verlassen müssen, nicht weiter im deutschen Behörden-Dschungel stecken bleiben. Wer heute Hilfe sucht, bekommt oft zuerst einen Stapel Formulare – und danach die freundliche Auskunft, dass leider jemand anderes zuständig ist.

Deshalb braucht es im Jugendamt feste, spezialisierte Ansprechpersonen und sichere Unterkünfte in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe. Damit Betroffene nicht erst einen Verwaltungs-Marathon absolvieren müssen, bevor sie endlich Schutz bekommen.

Die wenigen bestehenden Angebote sind seit Jahren überlastet. Das zeigt ziemlich deutlich: Hier geht es nicht um Einzelfälle, sondern um ein reales Problem, das politisch viel zu lange ignoriert wurde. Kurzfristige Schutzplätze, besser geschultes Fachpersonal und klare Zuständigkeiten sind längst überfällig.

Jugendliche, die Gewalt oder Ausgrenzung erleben, brauchen vor allem eines: Sicherheit. Keine Wartelisten, kein Behörden-Pingpong und keine gut gemeinten Verweise auf das nächste Amt.

1.2: Schaffung queer-sensibler Angebote in der Senior*innenarbeit und Altenpflege

Wir fordern die Entwicklung eines städtischen Handlungskonzepts "Queer im Alter".

Dieses soll die Zertifizierung queer-sensibler Pflegeeinrichtungen, regelmäßige

Schulungen für Pflegepersonal und die Förderung von sozialen Treffpunkten für queere Senior*innen beinhalten.

Viele queere Menschen der älteren Generation haben ein Leben lang Diskriminierung erfahren. Die Angst davor, sich in Pflegeeinrichtungen oder gegenüber Pflegediensten outen zu müssen, führt oft zur Vereinsamung und dazu, die eigene Identität wieder zu verbergen. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter muss für alle Menschen möglich sein. Wir sehen hier die Einrichtungen und Konzepte in Nachbarstädten wie Frankfurt am Main und Mannheim als Vorbilder.

Antwort:

Dass Pflegekräfte in unserem System ohnehin schon völlig überlastet sind, ist vermutlich kein Geheimnis mehr, das man groß erklären muss. Schulungen für das Personal sind wichtig und richtig – aber sie allein lösen das Problem nicht. Wer immer nur neue Aufgaben verteilt, ohne Strukturen zu schaffen, produziert am Ende vor allem eines: noch mehr Überlastung.

Deshalb geht uns das nicht weit genug. Mit unserer Machtergreifung schaffen wir **feste Planstellen in allen städtischen Altenheimen**, die genau diese Aufgaben übernehmen. Fachlich spezialisiert, klar zuständig und mit ausreichend Zeit ausgestattet.

So sorgen wir dafür, dass queere Sensibilität nicht als zusätzliche Belastung auf ohnehin vollen Dienstplänen landet, sondern als selbstverständlicher Teil guter Pflege verankert wird. Denn gute Pflege braucht nicht nur Herz, sondern auch Personal. Und zwar echtes.

1.3: Verbesserung der Gesundheitsversorgung für queere Menschen

Wir fordern die Förderung der Ansiedlung einer PrEP-Praxis in Darmstadt im Rahmen der GKV. Außerdem fordern wir den Erhalt der stabilen und niedrigschwelligen Testkapazitäten des Gesundheitsamtes sowie der Aidhilfe Darmstadt e.V..

Die Gesundheitsvorsorge für viele queere Menschen ist erheblich erschwert, da sie für eine adäquate Versorgung auf Praxen in Mannheim, Wiesbaden oder Frankfurt ausweichen müssen. Dort treffen sie zum Teil auch noch auf Wartelisten. Dieser Zustand ist nicht

hinnehmbar. Wir fordern deshalb, dass diese Versorgung für die anerkannte Präventionsstrategie sowie für die HIV-Therapie in Darmstadt möglich gemacht wird. Außerdem fordern wir den Erhalt eines langfristig verlässlichen Zugangs von

niedrigschwelligen STI Testmöglichkeiten im Gesundheitsamt und bei der Aidshilfe Darmstadt e.V.. Beide Angebote erreichen unterschiedliche Zielgruppen und bieten jeweils andere Zugangswege an, sie ergänzen sich dabei fachlich sinnvoll.

Antwort:

Sobald wir an der Macht sind, vergeben wir **100.000 Euro** an die erste PrEP-Praxis in Darmstadt im Rahmen der GKV. Einfach so. Als freundlichen finanziellen Anreiz.

Dieser Betrag sollte ausreichen, um medizinische Versorgung, Prävention und marktwirtschaftliche Motivation in selten gesehener Harmonie zu vereinen. Und falls nicht, erhöhen wir auf 200.000 Euro. Wir sind da flexibel – im Gegensatz zur Bürokratie.

Denn gute Gesundheitsversorgung darf keine Glückssache und kein Ausflug in andere Städte sein. Wer Prävention will, muss sie auch attraktiv machen. Und Geld hat bekanntlich noch nie geschadet.

2: Bildung und Aufklärung

2.1: Queere Sensibilisierung in der Kinderbetreuung

Wir fordern regelmäßige Bildungsangebote für Mitarbeitende in Kitas und Grundschulen zum Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Regenbogenfamilien.

Pädagog*innen und Erzieher*innen erleben die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Regenbogenfamilien im Alltag, sind aber unserer Erfahrung nach häufig nicht im Umgang damit oder in der Kommunikation mit Eltern geschult. Eine adäquate fachliche Sensibilisierung sowie Ausstattung mit hilfreichem Material ist dringend notwendig.

Antwort:

Auch hier stimmen wir voll zu. Das akute Problem sehen wir allerdings weniger bei den ohnehin schon überlasteten städtischen Einrichtungen, sondern vor allem bei den freien Trägern. Denn Vielfalt funktioniert am besten, wenn sie nicht vom guten Willen Einzelner abhängt, sondern verbindlich umgesetzt wird.

Deshalb fordern wir: Erst wenn auch die freien Träger klaren städtischen Standards unterliegen, kann unser 100-Punkte-Plan für Bildungsangebote in Kitas und Grundschulen wirklich greifen. Einheitliche Schulungen, klare Vorgaben und verbindliche Konzepte sorgen dafür, dass Vielfalt nicht zur Glückssache wird.

Denn nur wenn **alle** Einrichtungen an einem Strang ziehen, wird eine vielfältige, offene und respektvolle Stadtgesellschaft erreichbar. Oder anders gesagt: Regenbogen gibt's nur, wenn überall ein bisschen Farbe drin ist.

Grundschulen zum Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Regenbogenfamilien

2.2: Aufarbeitung und Sichtbarmachung queerer Stadtgeschichte

Wir fordern, dass die Stadt ein Projekt zur Erforschung und öffentlichen Darstellung der queeren Geschichte Darmstadts initiiert und finanziert. Dies kann in Form einer Ausstellung, einer Publikation oder thematischen Stadtrundgängen geschehen. Queeres Leben war immer Teil der Stadtgeschichte, wurde aber oft verfolgt oder unsichtbar gemacht. Die Aufarbeitung ist ein Akt der Anerkennung und stärkt die Identität der Community und das Geschichtsbewusstsein der gesamten Stadt. Es existieren bereits zwei Stolpersteine für schwule Opfer der NS-Zeit sowie das Mahnmal "Die Schattenseite des Regenbogens" für die Opfer des § 175 StGB. Für die Errichtung der Stolpersteine und des Mahnmals wurden die nötigen historischen Informationen von der Arbeitsgemeinschaft Homosexuelle und Kirche (HuK) recherchiert. Diese könnte bei ihren Recherchen und Dokumentationen gezielt unterstützt werden.

Antwort:

Die Geschichte Darmstadts liegt natürlich auch uns sehr am Herzen. Deshalb fordern wir die TU Darmstadt auf, endlich eine **Professur für Darmstädter Stadtgeschichte** ins Leben zu rufen. Denn nichts ist so dauerhaft wie eine Professur – außer vielleicht ein Bauprojekt.

So stellen wir sicher, dass die Geschichte dieser Stadt systematisch erforscht, dokumentiert und vermittelt wird. Und ja: Dazu gehört selbstverständlich auch die queere Stadtgeschichte, die viel zu lange übersehen, verdrängt oder schlicht vergessen wurde.

3: Öffentliche Infrastruktur und Sichtbarkeit

3.1: Einrichtung von Unisex-Toiletten, -Duschen und -Umkleiden

Wir fordern, dass auch in bestehenden städtischen Gebäuden wie Schulen, Bürgerhäusern und Sportstätten Alternativen zu binären Toiletten, Duschen und Umkleieräumen eingerichtet werden.

Die binäre Aufteilung von diesen Einrichtungen schließt inter*, trans* und nicht-binäre Menschen faktisch aus oder setzt sie erheblichen Belastungen aus, insbesondere wenn ihre Geschlechtsidentität nicht eindeutig "gelesen" wird.

Antwort:

Ein wichtiges Thema, keine Frage. Das Problem: Sowohl Stadt als auch Land haben bekanntlich **kein Geld** – vor allem nicht für Bildung, marode Infrastruktur oder irgendetwas, das wirklich sinnvoll wäre.

Unsere Lösung ist daher ebenso einfach wie marktwirtschaftlich konsequent: **Wir lassen die FDP ein Startup gründen.** Dieses Startup macht die Stadt so unfassbar reich, dass wir uns endlich leisten können, alle kaputten Gebäude zu sanieren und sie mit Unisex-Toiletten, -

Duschen und -Umkleiden für inter*, trans* und nicht-binäre Menschen auszustatten. So verbinden wir soziale Verantwortung mit wirtschaftlicher Kompetenz. Also jedenfalls mit wirtschaftlicher Kompetenz von der FDP. Das Risiko ist überschaubar.

3.2: Umfassende Barrierefreiheit im Queeren Zentrum

Wir fordern die Herstellung von umfassender Barrierefreiheit im Queeren Zentrum Darmstadt, mindestens durch einen rollstuhlgerechten Zugang und eine barrierefreie Toilette.

Das Queere Zentrum Darmstadt soll allen queeren Menschen offenstehen. Der aktuelle, nicht barrierefreie Zustand stellt eine klare Diskriminierung von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen dar und ist auch ab dem 01.01.2028 nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar. Nutzungseinschränkungen müssen aufgrund der Wichtigkeit der Angebote so minimal wie möglich gehalten werden.

Antwort:

Barrierefreiheit ist uns wichtig, deshalb fordern wir konsequenterweise den kompletten Neubau. Als Übergangslösung eignet sich das Gebäude des alten Karstadt perfekt. Die genaue Neubaustelle verhandeln wir dann spontan – bevorzugt mit Baggern im Hintergrund.

4: Kommunales Handeln und gesellschaftliche Verantwortung

4.1: Stärkung der Koordinationsstelle LSBT*IQ und diskriminierungsfreie Verwaltung

Wir fordern die aktive Weiterentwicklung der neu geschaffenen städtischen Koordinationsstelle LSBT*IQ für queere Belange und ihrer Bestrebungen.

Es braucht sichtbare Initiativen wie die Mitgliedschaft im "Rainbow Cities Network" oder die Unterstützung von Rainbow Refugees, die durch die Koordinationsstelle initiiert werden können. Wir fordern weiterhin, dass die Koordinationsstelle dafür sorgt, dass TIN* (trans, inter und nicht-binäre) Personen ausdrücklich in die städtischen Schutzkonzepte aufgenommen werden. Zuletzt fordern wir, dass die Stadt Darmstadt in allen Publikationen, Formularen und Verwaltungsprozessen konsequent diskriminierungsfreie Sprache verwendet.

Antwort:

JA! Wenn wir an die Macht kommen, wird das die größte und beste Koordinationsstelle LSBT*IQ für queere Belange und ihrer Bestrebungen die Jeh jemand gesehen hat!

4.2: Aktive Teilnahme am Netzwerk gegen Gewalt

Wir fordern, dass die Stadt Darmstadt aktiv am "Netzwerk gegen Gewalt" des Landes

Hessen teilnimmt und sich mit eigenen Initiativen zur Prävention von queerfeindlicher Gewalt einbringt.

Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Darmstadt muss Teil dieses Netzwerks werden, um queere Menschen in der Stadt besser zu schützen. Dies sollte mit einer Teilnahme am Programm "Gewalt-Sehen-Helfen" des "Netzwerk gegen Gewalt" geschehen.

Antwort:

Super Idee, sie geht uns jedoch noch nicht weit genug. Wir sind Interessiert an einem Europaweitem "Netzwerk gegen Gewalt" geführt von und aus Darmstadt!

5: Förderung und Absicherung queerer Strukturen

5.1: Dritte Teilzeitstelle für das Queere Jugendzentrum

Wir fordern die Schaffung einer dritten Teilzeitstelle bei vielbunt e.V. im Queeren Jugendzentrum, um die stetig wachsenden Aufgaben zu bewältigen und die Vielfalt der queeren Jugendlichen abbilden zu können.

Die besonderen Anforderungen der Zielgruppe des Queeren Jugendzentrums benötigen ein breiter und vielfältiger aufgestelltes pädagogisches Team, als es in anderen Jugendzentren womöglich ausreichend ist. Die übliche Besetzung mit einer "männlichen" und einer "weiblichen" Kraft wird trotz großem Einfühlungsvermögen der Mitarbeitenden einem bedeutenden Teil der Jugendlichen nicht gerecht. Ab dem 01.01.2028 ist der Personalschlüssel mit weniger als drei Teilzeitstellen zur inklusiven Betreuung nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar.

Antwort:

Wenn wir an die Macht kommen, gibt es sogar Vier neue Teilzeitstellen bei vielbunt e.V. im Queeren!Versprochen!

Jugendzentrum,

5.2: Jährliche Förderung des CSD Darmstadt

Wir fordern eine jährliche Förderung des CSD Darmstadt in angemessener Höhe sowie den Wegfall erhobener Gebühren für die Veranstaltung.

Der CSD Darmstadt ist ehrenamtlich organisiert, muss aber aktuell hohe Gebühren an die Stadt zahlen. In anderen Städten wie Wiesbaden erhält der CSD hingegen sogar eine Förderung. Das steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Veranstaltung für

Sichtbarkeit und Akzeptanz queeren Lebens.

Antwort:

Der CSD Darmstadt sollte aus unserer Sicht mit einem festen Haushaltsposten von bis zu **50.000 Euro** im städtischen Haushalt verankert werden. Dieses Geld stellt sicher, dass der CSD nicht jedes Jahr aufs Neue um seine Existenz kämpfen muss, sondern sich auf das Wesentliche konzentrieren kann: Sichtbarkeit, Vielfalt, Akzeptanz – und gute Organisation.

Mit einer verlässlichen Förderung kann der CSD in Darmstadt nicht nur wachsen, sondern Maßstäbe setzen. Unser Ziel ist klar: **Der beste CSD in Hessen. Der beste in Deutschland. Ach was – der beste der ganzen Welt!**